

WIRTSCHAFT

Steigende CO2-Preise: Neue Kostenlawine durch Klimapolitik der Bundesregierung



Der Zertifizierungshandel spült viel Geld in die Staatskassen. In Deutschland speisen die Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate den Klima- und Transformationsfonds.

15.12.2025 - 17:04 Uhr



Die Kostenbelastung der Unternehmen steigt von Tag zu Tag, ihre Auftragsdecke wird dünner, der Konkurrenzdruck aus dem Ausland härter. Anfang nächsten Jahres geht es mit den Kosten weiter nach oben – und mit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nach unten. Der Grund ist die Klimapolitik der Bundesregierung.

Das ist die Analyse im Wirtschaftsteil der *Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)* über die Klimapolitik Deutschlands. Die NZZ bezieht ihren Bericht mit

Deutschlands. Die NZZ belegt ihren Bericht mit vielen Beispielen.

Benzin und Diesel werden teurer, Heizen auch

Anfang 2026 steigt die nationale Steuer auf den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) von derzeit 55 Euro je Tonne CO₂ auf 55 bis 65 Euro. Die begrenzt verfügbaren Zertifikate für die Sektoren Gebäude und Verkehr, die den Inhaber zum Ausstoß von CO₂ berechtigen, werden dann versteigert. Dabei ist ein gesetzlicher Preiskorridor vorgegeben. Heizen und Autofahren werden teurer. Ein Liter Benzin beziehungsweise Diesel dürfte sich um 3 Cent verteuern. Das Heizen mit einer Gasheizung wird für ein typisches Einfamilienhaus um mehr als 40 Euro im Jahr teurer. Auch die Unternehmen müssen für das Betanken ihres Fuhrparks und das Beheizen ihrer Büros und Werkshallen mehr Geld auf den Tisch legen.

Anfang nächsten Jahres erhält der Luft- und Seeverkehr keine kostenlosen Zertifikate mehr. Und die Hersteller von Eisen, Stahl, Aluminium, Zement und anderen energieintensiven Produkten müssen für 2,5 Prozent der von ihnen emittierten Mengen CO₂-Zertifikate kaufen. Das lässt ihre Produktionskosten steigen und belastet ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit.



Auch im Wohnungsbau spürt man die Folgen.

Wohnungskrise verschärft sich

Das alles hat weitreichende Folgen – auch für den

Wohnungsbau. So dürfte der steigende Preis für Zement und Stahl den Bau von Häusern und Wohnungen verteuern. Das drückt den Neubau und verschärft die Wohnungskrise in Deutschland. Mit der Verteuerung von Düngemitteln dürften auch die Preise für Nahrungsmittel nach oben gehen. Fordern die Gewerkschaften wegen der steigenden Lebenshaltungskosten höhere Löhne, verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit weiter.

Für Unruhe unter Unternehmen sorgt zudem die Frage, wie der CO₂-Ausstoß der Importe berechnet werden soll. Denn für eine exakte Kalkulation sind die europäischen Importeure auf Daten ihrer Lieferanten angewiesen. Viele Zulieferer sind jedoch nicht in der Lage, die Daten zu beschaffen und müssten durch ihre europäischen Abnehmer erst geschult werden, heißt es bei der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Manche Lieferanten werden zudem durch kartellrechtliche Vorgaben in ihrem Land an der Weitergabe der Daten gehindert. Andere dürften die Kosten für die Datenerhebung in Rechnung stellen, was die Importe zusätzlich verteuert.

Der sogenannte Grenzausgleichsmechanismus für CO₂ („carbon border adjustment mechanism“, CBAM) ist eine „große bürokratische Belastung“, so die DIHK. Die EU erlaubt den Unternehmen deshalb, auf Standardwerte für die CO₂-Emissionen der CBAM-Produkte zurückzugreifen. Diese orientieren sich an den durchschnittlichen CO₂-Emissionen der zehn Länder mit der höchsten Emissionsintensität. Weichen die tatsächlichen Emissionen der importierten Produkte von den Standardwerten ab, werden die Importe künstlich verteuert oder verbilligt. Das verzerrt den Wettbewerb, je nachdem, ob die inländischen Produzenten mit den Importen konkurrieren oder diese als Vorprodukte nutzen.

Der Zertifizierungshandel spült viel Geld in die Staatskassen. In Deutschland speisen die Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate den Klima- und Transformationsfonds. Mit ihm will die Bundesregierung die Transformation

bundesregierung die Energiepreise subventionieren, die sie mit der Klimapolitik zuvor nach oben getrieben hat. „Widersinniger geht es kaum“, zieht die NZZ Bilanz.

KOMMENTARE

Zeige 1 von 7

Henry G.

15. Dezember 2025, 17:08

Wie gewählt, so wird geliefert. Danke Uschi, danke Friedrich, danke Robert.

 12  0  1 Jetzt kommentieren

 Melden

Ben D.

15. Dezember 2025, 17:16

Warum nicht 650€ pro Tonne? Mir kommt das sehr unambitioniert vor.

 9  0  1 Jetzt kommentieren

 Melden

Stefan G.

15. Dezember 2025, 17:44

Lustig wird es ab 1.1.2027, wenn der Preis pro Tonne auf über 250 Euro, und ab 2030 auf über 400 Euro steigt. Diese EU zerstört ihre eigene Wirtschaft.

JETZT MITMACHEN

 9  0  1 Jetzt kommentieren

 Melden

Sie haben bereits einen Account?

ANMELDEN

M R.

15. Dezember 2025, 19:39

Wer so eine Regierung hat, braucht keine Feinde mehr.

 0  0  1 Jetzt kommentieren

 Melden

GESELLSCHAFT

„Als Kanzler die schlechteste Wahl, die wir treffen...

von Eric Steinberg

WIRTSCHAFT

Bürgergeld-Empfänger und Arbeitslose schulden dem...